

GEMEINSAM HANDELN: DEUTSCHLAND, FRANKREICH UND DIE EU

Mathilde Durand | Projektleiterin Deutschland bei Notre Europe - Jacques Delors Institut

Daniela Schwarzer | Mitglied vom Verwaltungsrat von Notre Europe - Jacques Delors Institut, Leiterin der Forschungsgruppe Europäische Integration der Stiftung Wissenschaft und Politik. 2012/13 ist sie Gastwissenschaftlerin an der Universität Harvard.

António Vitorino | Präsident von Notre Europe - Jacques Delors Institut

Aus Anlass der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestages des Élysée-Vertrags analysieren Mathilde Durand, Daniela Schwarzer und António Vitorino von *Notre Europe - Jacques Delors Institut* in einem Meinungsbeitrag die deutsch-französischen Beziehungen im Kontext der Europäischen Union.

Der 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags, der die deutsche-französische Zusammenarbeit begründet, zeigt uns drei grundlegende Aspekte: Zwar legte dieser Vertrag den Grundstein für eine einzigartige Annäherung zwischen den beiden Staaten. Doch muss heute ein neues Gleichgewicht in den deutsch-französischen Beziehungen gefunden werden, damit die EU die aktuellen Herausforderungen erfolgreich meistern kann.

1. Ein dauerhafter Dialog – die wahre Errungenschaft des Élysée-Vertrags

Der Élysée-Vertrag wurde am 22. Januar 1963 mit dem Ziel unterzeichnet, eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit zu begründen. Die tatsächliche Annäherung zwischen beiden Staaten hatte jedoch bereits 1945 begonnen, insbesondere in Form eines starken gesellschaftlichen Austausches. Seine Fortsetzung fand dieser Annäherungsprozess im Kontext der europäischen Einigung, deren erster wichtiger Schritt die Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950 darstellte. Schuman bot Deutschland in den Worten Hannah Arendts ein „Verzeihen“ der Vergangenheit und das „Versprechen“ einer gemeinsamen Zukunft an, in einer Rede, die zur Gründung der EGKS und der EWG führte.

Der Élysée-Vertrag sah vor allem eine Intensivierung des politischen Dialogs vor und ist in dieser Hinsicht auch als großer Erfolg zu betrachten. Innerhalb der EU, die auf den Grundsätzen einer [friedlichen Konfliktlösung](#) und der Erarbeitung gemeinsamer politischer Ziele beruht, sind Frankreich und Deutschland die einzigen Mitgliedsstaaten mit so engen bilateralen Beziehungen. Jeder kennt die Bilder von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer in der Kathedrale von Reims oder jene von François Mitterand und Helmut Kohl in Verdun. Weniger bekannt ist, dass heute in den Stäben der Regierungschefs und in den jeweiligen Außenministerien und anderen Fachministerien Beamte des Partnerlandes arbeiten. Die Finanzministerien beider Länder haben eine gemeinsame Arbeitseinheit gebildet, die beide Minister auf den europäischen Ministerrat vorbereitet, damit

diese möglichst mit einer Stimme sprechen. Die Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die in beiden Ländern auch die Funktion des Staatssekretärs für EU-Angelegenheiten ausüben, haben die Aufgabe, das reibungslose Funktionieren der engen Zusammenarbeit zu gewährleisten. Ihnen steht jeweils ein Stellvertreter aus dem Partnerland zur Seite.

Was die inhaltlichen Erfolge der Zusammenarbeit anbelangt, ist die Umsetzung des Élysée-Vertrags hingegen nicht ganz so erfolgreich. Zwar gibt es in einigen Bereichen unbestreitbare Erfolge, etwa das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW), das im Juli 2013 sein 50jähriges Bestehen feiert, die Deutsch-Französische Hochschule oder auch den deutsch-französischen Fernsehsender ARTE. Gleichzeitig ist die Anzahl der Menschen, die die Sprache des Nachbarlandes erlernen, in den letzten Jahren konstant rückläufig gewesen. In der Außen- und Verteidigungspolitik vertreten beide Staaten mitunter konträre Positionen (wie etwa im Falle der Frage einer Intervention in Libyen), was insbesondere dann hinter die Ambition des Élysée-Vertrags zurückfällt, wenn vorher keine ausreichenden Abstimmungsbemühungen unternommen wurden. Ein konkreter inhaltlicher Beitrag etwa des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats, des Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrats oder auch des Deutsch-Französischen Umweltrats zu gemeinsamen Positionen steht über die Jahre auch mitunter auch in Frage. Die im Februar 2010 beschlossene Agenda 2020 umfasst 80, in vielen Fällen konkret bezifferte Vorschläge für die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen. Ob diejenigen Vorschläge, die tatsächlich substanziell neu sind, bis 2020 auch in die Praxis umgesetzt werden, ist indes fraglich.

2. Die deutsch-französische Allianz auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht

Zu Beginn der deutsch-französischen Aussöhnung war Frankreich eindeutig der stärkere Partner. Heute hat sich das Kräfteverhältnis gewandelt. Durch die Wiedervereinigung erlangte Deutschland volle Souveränität zurück. In geopolitischer

Hinsicht wurde ihm durch den EU-Beitritt mittel- und osteuropäischer Länder und auch durch die gewachsene Bereitschaft zur Mitwirkung an Militäreinsätzen eine stärkere Rolle.

Durch Strukturreformen zu Beginn des neuen Jahrtausends konnte Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern und steht heute besser da, als die überwiegende Mehrheit der übrigen EU-Mitgliedsstaaten. Angesichts der Verschuldungskrise im Euroraum war Deutschland zudem zu bedeutenden finanziellen Rettungsmaßnahmen im Namen der Solidarität bereit und leistete wichtige Beiträge zur weiteren Ausgestaltung der Regeln und Mechanismen zur haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung. Trotz dieser Fortschritte bei der Zusammenarbeit besteht nach wie vor Handlungsbedarf, um dauerhaft Handlungsfähigkeit und Vertrauen in der Eurozone wieder herzustellen. Dies gilt etwa für die weitere Ausgestaltung der Bankenunion und die Frage, ob gemeinschaftliche Schuldeninstrumente nicht einen wichtigen Stabilisierungsbeitrag leisten können, bei denen Frankreich eine dynamischere Position vertritt als die Bundesregierung, die ihr Engagement zu Recht an solide Gegenleistungen knüpft.

Parallel dazu bemüht sich Frankreich um die Wiederherstellung seiner haushaltspolitischen Glaubwürdigkeit, seiner Wettbewerbsfähigkeit sowie um den Ausgleich seiner Handelsbilanz. An diesen Zielen wird Frankreich mit großem Nachdruck arbeiten müssen, in seinem eigenen Interesse, aber auch um ein neues Gleichgewicht in der Beziehung zu Deutschland herzustellen. Gewisse Entwicklungen zeichnen sich bereits ab. So wandte sich Hollande im Vorfeld des europäischen Rats im Juni 2012 zuerst an Mario Monti, um einem gemeinsamen Standpunkt Ausdruck zu verleihen, und nicht an Angela Merkel, mit der zu diesem Zeitpunkt in verschiedenen Punkten Auffassungsunterschiede bestanden.

Doch dürfen solche Beispiele nicht darüber hinwegtäuschen, dass die beiden Länder aufeinander angewiesen sind: Zusammen stellen sie 47 Prozent der Garantien und des Kapitals in den Rettungsmechanismen – keiner von beiden allein kann diese Leistung vollbringen. Beide gehören für einander immer noch zu den wichtigsten Handelspartnern und Direktinvestitionen im jeweiligen Partnerland spielen eine sehr wichtige Rolle. Deutschland braucht Frankreich überdies, um in Europa nicht als neue Hegemonialmacht zu erscheinen. Frankreich wiederum braucht Deutschland, um seinen Einfluss in der EU zu stärken.

3. Deutsch-Französische Beziehungen im Dienst der EU

Werden die unterschiedlichen Auffassungen, die zwischen Berlin und Paris derzeit in einigen Fragen bestehen, konstruktiv

bearbeitet, kann dies dazu beitragen, die bilateralen Beziehungen wieder ausgewogener zu gestalten und einen Beitrag zum guten Funktionieren der EU zu leisten. Es ist zweifelsohne notwendig, dass jeder Staat, wie Deutschland dies fordert, zunächst bei sich selbst „für Ordnung sorgt“. Doch dies allein reicht, wie Frankreich zurecht unterstreicht, nicht, damit die EU als Ganzes funktioniert. Dazu ist zum Beispiel die gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Staaten viel zu groß – ein Aspekt, dem Deutschland über einen gewissen Zeitraum hinweg weniger Aufmerksamkeit geschenkt hat, als Frankreich. Dies zeigte sich etwa am Umgang mit Griechenland. In Berlin und Paris gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie risikoreich eine Staatspleite und ein eventueller Euro-Austritt des Landes für die gesamte Währungsunion sein könnte. Für die Zusammenarbeit in EU und Eurozone ist es vorteilhaft, wenn Deutschland und Frankreich im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen handeln, statt – sobald ein bilateraler Kompromiss erreicht ist – eine dominante Position einzunehmen und die Partner vor vollendete Tatsachen zu stellen, wie dies die Allianz „Merkozy“ praktizierte.

50 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags würden beide Staaten und die EU insgesamt davon profitieren, wenn einige konkrete Projekte beschlossen würden, für denen nach wie vor kein Konsens gefunden wurde. So könnten sie sich etwa trotz ihrer diametral gegensätzlichen Energiepolitik um eine Annäherung ihrer Positionen bemühen, und mit anderen EU-Partnern Schritte in Richtung einer **Europäischen Energiegemeinschaft** ausarbeiten, wie sie etwa Jacques Delors und Jerzy Buzek skizziert haben.

Ein weitaus größeres Projekt ist die Arbeit an der künftigen politischen Gestalt der EU. Frankreich hat zumeist zunächst reserviert auf die Vorschläge seines deutschen Partners reagiert etwa auf die Idee des „Kerneuropas“ von Karl Lamers und Wolfgang Schäuble, auf die Rede Joschka Fischers an der Humboldt-Universität oder aber den jüngsten Vorschlag Angelas Merkels **zu einer politischen Union**. Eigene Ideen hat es kaum formuliert. Es ist Zeit, dass Frankreich seine mit seiner unitarischen politischen Kultur verbundene starre Haltung sowie das Trauma der Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags überwindet.

Frankreich und Deutschland können diesen Jahrestag nicht ausschließlich als historischen und symbolischen Tag feiern. Es gilt, ein ehrgeiziges Zukunftsprojekt zu begründen, das die EU in den kommenden Jahren voranbringt. Was gibt es Wichtigeres, als zu sagen: „Lassen wir es drauf ankommen, Frau Merkel, arbeiten wir an der politischen Union!“.